



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 156-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.225

Eingereicht am: 17.06.2021

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: EDU (Kullmann, Thun) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt

RRB-Nr.: 1178/2021 vom 20. Oktober 2021
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme als Postulat**

«Kein Täter werden» – Präventionsprojekt für Menschen mit pädophiler Neigung auch im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. eine Präventionsstelle einzurichten oder zu bezeichnen, die sich an Menschen mit pädophilen Neigungen richtet, die nicht straffällig geworden sind
2. für die Realisierung der Präventionsstelle eine Zusammenarbeit mit dem Bund, anderen Kantonen, Fachstellen und Organisationen der Zivilgesellschaft anzustreben, besonders was die Finanzierung der Präventionsstelle betrifft
3. falls nötig, dem Grossen Rat einen Kredit vorzulegen, damit die Finanzierung der Präventionsstelle in angemessenem Umfang langfristig gesichert werden kann

Begründung:

Dieses Jahr hat der Kanton Zürich bekanntgegeben, eine Beratungsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen, die nicht straffällig geworden sind, oder für deren Angehörige zu lancieren.¹ Sie ist für Zürcherinnen und Zürcher kostenlos und umfasst folgende Angebote:

- Erstellen von Diagnosen und Risikoeinschätzung
- Beratungsangebot
- Individuelles Behandlungs- und Therapieangebot
- Öffentlichkeitsarbeit
- Telefon-Helpline
- Internetauftritt
- Supervisionsangebot für Therapeuten

¹ <https://www.srf.ch/news/schweiz/therapie-angebot-fuer-paedophile-zuercher-paedophile-erhalten-eine-fachstelle>

Hauptziel der Beratungsstelle ist, Betroffenen dabei zu helfen, nicht straffällig zu werden, und so Kinder vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Die Zahlen der Berliner Charité, die das Projekt «Kein Täter werden» vor 15 Jahren lanciert hat, sind ermutigend. Demnach hätten lediglich zwei Prozent der Pädophilen, die eine Therapie besucht haben, später auch einen sexuellen Übergriff auf ein Kind begonnen.

Gemäss Bericht des SRF wird die Anzahl Menschen mit pädophilen Neigungen auf rund 30 000 geschätzt. Die NZZ berichtete Ende 2020, dass der Konsum von Kinderpornographie gerade während der Corona-Pandemie dramatisch zugenommen hat.² Es ist daher angezeigt, die Präventionsarbeit zum Schutz der Kinder vor sexuellem Missbrauch zu verstärken. Der Bund schreibt:

«Die Studie hat jedoch gezeigt, dass vor allem im Tessin und in der Deutschschweiz Lücken bestehen. Zudem fehlt es in der ganzen Schweiz an niedergelassenen Therapeuten, die bereit sind, Personen mit sexuellen Interessen an Kindern zu behandeln.»³

Im Bericht des Bundesrates «Präventionsangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern» wird beschrieben, wie eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und weiteren Organisationen am Beispiel des Präventionsprojekts von «DIS NO» aussehen kann:

«Das Präventionsangebot ist gratis. Die Kosten des Angebots werden über finanzielle Beiträge einzelner Kantone und Institutionen sowie Spenden von Stiftungen, Vereinen, Unternehmen und Privatpersonen getragen. Zudem richtet der Bund gestützt auf die Verordnung über Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der Kinderrechte an das Angebot Finanzhilfen in der Höhe von rund 50 Prozent der Kosten aus.»⁴

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung von präventiven Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Verletzung der sexuellen Integrität. Sexuelle Übergriffe auf Kinder und Jugendliche sind in jedem Fall absolut inakzeptabel und es gilt alles Mögliche zu unternehmen, sie zu verhindern.

Die Schlussfolgerungen des Bundes, wonach das Beratungsangebot in diesem Bereich in der Schweiz Lücken aufweise, sprachregional nicht ausreichend abgestimmt und nicht nachhaltig finanziert sei, nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Der Bund ortet insbesondere in der Deutschschweiz Lücken. Zudem wird festgestellt, dass im Bereich der niedergelassenen Psychotherapeutinnen und -therapeuten der Fokus schwergewichtig auf den beeinträchtigenden Alltagsfolgen der stigmatisierenden sexuellen Neigungen liegt und weniger auf der Prävention von kriminellen Handlungen.

Die Bestandsaufnahme des Bundes zeigt jedoch, dass punktuell auch in der Deutschschweiz bereits entsprechende Beratungsangebote bestehen (Forensisches Institut Ostschweiz FORIO, Universitäre psychiatrische Kliniken Basel UPK). Wie der Motionär richtig schreibt, lanciert zudem der Kanton Zürich 2021 eine Beratungsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen, die nicht straffällig geworden sind, oder für deren Angehörige. Der Bund hat das Eidgenössische Departement des Innern EDI (BSV) beauftragt, bis im Frühjahr 2025 einen Bericht über die Entwicklungen in diesem Bereich vorzulegen, der eine aktualisierte Bestandsaufnahme des Schweizer Präventionsangebots für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern und Jugendlichen enthalten soll.

Ob es, wie vom Motionär gefordert, im Kanton Bern eines eigenständigen Beratungsangebots bedarf, steht für den Regierungsrat nicht abschliessend fest. Doch zeigt er sich bereit, die Forderung des Motionärs im Rahmen der Opferhilfestrategie zu prüfen, die aktuell infolge der überwiesenen Motion 280-2019, Kohli (BDP, Bern): Kantonale Opferhilfestrategie, erarbeitet wird. Daher beantragt der Regierungsrat, die Motion als Postulat anzunehmen.

Verteiler

– Grosser Rat

² <https://nzzas.nzz.ch/maquazin/kinderpornografie-im-dunklen-reich-der-digitalen-triebtaeter-id.1587830>

³ <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialpolitische-themen/kinder-und-jugendfragen/kinderschutz/praevention-paedosexuelle.html>

⁴ <https://www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2016/20163637/Bericht%20BR%20D.pdf>